



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IX/2013 – 21.05.2013)

Liebe Leserinnen und Leser,

jetzt besteht nach jahrzehntelangem Streit und Stillstand die Chance, die Endlagersuche für hochradioaktiven Abfall konstruktiv und transparent zu lösen. Doch dazu müssen sich alle Beteiligten auch an die Vereinbarungen halten. Das will die SPD-Fraktion durch einen Beschluss sicherstellen. Die Zusage, keine Castoren aus Sellafield und La Hague mehr in Gorleben zwischenzulagern, muss eingehalten werden. Um selbst einmal Merkels Wort zu benutzen: Es gibt keine Alternative zu einer ergebnisoffenen Endlagersuche. Es muss einen fairen Lastenausgleich zwischen den Bundesländern geben, Niedersachsen hat bisher die Hauptlast der Entsorgung von Atommüll getragen. Noch ist das Standortauswahlgesetz nicht in trockenen Tüchern. Peter Altmaier muss als Umweltminister nun zu Vereinbarungen stehen und endlich liefern.

Immer deutlicher zeigt sich, dass das Bild des fehlerlosen Verteidigungsministers de Maizière bröckelt. Seine Arbeit fällt ihm offenbar immer schwerer, er beleidigt Soldaten, verheddert sich in der überhasteten Bundeswehrreform und täuscht nun das Parlament über das Drohnen-Debakel. Mehrere Hundert Millionen Euro sind verloren, obwohl die Probleme schon seit zwei Jahren bekannt waren. Aber der Minister schwieg einfach. So kann man weder mit dem Parlament noch mit den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern umgehen. Nun wird er sich erklären müssen.

Es ist unfassbar, was sich für Abgründe auftun bei der CSU in Bayern und Union und FDP im Bund. Da wurden minderjährige Kinder jahrelang als „Computerexperten“ beschäftigt, eine Ehefrau wurde als „Sekretärin“ mit 5500 Euro im Monat entlohnt. Und im Bund entert Innenminister Friedrich das Ministerium, um es in eine Unionszentrale umzubauen. Wir werden dem genauso nachgehen wie der FDP-Personalexpllosion im Entwicklungsministerium oder dem obskuren Auswahlverfahren bei der Bundesnetzagentur. Das Schlimme daran ist, dass der Parlamentarismus insgesamt durch solche Auswüchse Schaden nimmt.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IX/2013 – 21.05.2013)

Weitere wichtige Themen der vergangenen Sitzungswoche waren die Zustimmung des Deutschen Bundestages zum EU-Beitritt Kroatiens und die SPD-Anträge zur Begrenzung von Managergehältern, zur Modernisierung der Mitbestimmung und zum Ausbau der Ganztagschulen.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, LIS WEY
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 [TOP-Thema: Keine Castertransporte mehr nach Gorleben](#)
- 05 [Verteidigung: Debatte zur Bundeswehrreform und Drohnen](#)
- 07 [Recht: Exorbitante Managergehälter begrenzen](#)
- 08 [Arbeit: Mitbestimmung modernisieren](#)
- 09 [Außen: SPD stimmt EU-Beitritt von Kroatien zu](#)
- 10 [Außen: EU-Operation Atalanta nicht ausweiten](#)
- 11 [Bildung: Ganztagsschulprogramm 2.0](#)

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IX/2013 – 21.05.2013)

TOP-THEMA

Keine Castortransporte mehr nach Gorleben

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 14. Mai 2013 einen Beschluss anlässlich der 1. Lesung des Gesetzentwurfs zur Suche eines atomaren Endlagers (Standortauswahlgesetz) am 17. Mai gefasst: "Vertrauen schaffen, Zusagen einhalten – keine weitere Zwischenlagerung in Gorleben."

Der Gesetzentwurf wurde gemeinsam von den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen ins Parlament eingebracht. Im März 2013 hatten Bundesregierung, Länder und die im Bundestag vertretenen Fraktionen einen Kompromiss ausgehandelt. Die neue Suche nach einem geeigneten und sicheren Endlager für hochradioaktive Abfälle soll transparent, ergebnisoffen und nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erfolgen. Gorleben ist im Gesetzentwurf genauso wie alle anderen möglichen Standorte weder gesetzt noch ausgeschlossen.

Für die Bevölkerung rund um Gorleben ist die Zusage enorm wichtig, dass die 26 Castortransporte mit dem Atommüll, den Deutschland von 2015 an aus den Wiederaufbereitungsanlagen in Sellafield und Le Hague zurücknehmen muss, nicht nach Gorleben gehen sollen, sondern auf andere Zwischenlager verteilt werden müssen. Das hatte die Bundesregierung während der Verhandlungen zugesagt.

Nun besteht nach jahrzehntelangem Streit und Stillstand die Chance, die Endlagersuche für hochradioaktiven Abfall konstruktiv und transparent zu lösen. Doch dazu müssen sich alle Beteiligten auch an die Vereinbarungen halten. Das will die SPD-Fraktion durch ihren Beschluss vom 14. Mai sicherstellen. Darin fordert sie die Bundesregierung auf, im Rahmen der 1. Lesung des Standortauswahlgesetzes im Deutschen Bundestag öffentlich zu erklären, dass die Zusage, keine Castoren aus Sellafield und La Hague mehr in Gorleben zwischenzulagern, eingehalten werde. Das Parlament solle unverzüglich über den Stand der Verhandlungen und der juristischen Prüfungen zur Verteilung der Zwischenlagerung von

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IX/2013 – 21.05.2013)

hochradioaktivem Müll während der Gesetzesberatung informiert werden. Vor der geplanten Anhörung im Umweltausschuss des Bundestages sei eine Konzeption vorzulegen, wie die Zusage zur Zwischenlagerung rechtssicher umgesetzt werden könne. Die Voraussetzungen für eine rechtssichere Umsetzung sollten im Juni vor der 2./3. Lesung des Standortauswahlgesetzes geschaffen werden.

Die Zusage, keine Castorbehälter mehr nach Gorleben zu schicken, zeige auch, dass es keine Alternative zu einer ergebnisoffenen Endlagersuche gibt. Das gelte vor allem mit Blick auf die notwendigen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat, heißt es im Beschluss der SPD-Fraktion. Für sie ist das Standortauswahlgesetz längst noch nicht in trockenen Tüchern.

Die SPD-Obfrau im Gorleben-Untersuchungsausschuss, Ute Vogt, machte in der Debatte am 17. Mai darauf aufmerksam, dass die Entscheidung für Gorleben vor mehr als 30 Jahren nicht anhand von wissenschaftlichen Erkenntnissen getroffen worden sei. Diese seien vielmehr missachtet worden. Es habe keine Kriterien gegeben, sie seien dem angestrebten politischen Ergebnis jeweils angepasst worden. Deshalb sei es gut, dass nun vor der Endlagersuche Regeln und eine vergleichende Standortauswahl festgelegt worden seien, um das sicherstmögliche Endlager zu finden, sagte Vogt.

Vom 31. Mai bis zum 2. Juni wird das Bundesumweltministerium zusammen mit den an der politischen Einigung beteiligten Bundestagsfraktionen das Forum Standortauswahlgesetz zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Berlin ausrichten. Dort haben alle Interessierten die Gelegenheit, ihre Ansichten und Anregungen zum Standortauswahlgesetz einzubringen, bevor das Gesetzgebungsverfahren in die entscheidende Phase tritt. Die Veranstaltung findet im Umweltforum Berlin in der Pufendorfstr. 11 in 10249 Berlin statt.

Mehr auf <http://www.spdfraktion.de/themen/keine-castortransporte-mehr-nach-gorleben>



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IX/2013 – 21.05.2013)

VERTEIDIGUNG

Debatte: „Hören Sie endlich auf die Soldaten!“

Die Bundeswehr ist in einem kritischen Zustand. Mehr als zwei Jahre dauert der Planungsprozess bereits. Unter dem Zwang der Haushaltskonsolidierung wurde die Wehrpflicht überhastet ausgesetzt. Das angekündigte Konzept zur Stärkung der Freiwilligenkultur gibt es bislang nicht. Gemeinden und Kommunen wurden bei der Schließung der Standorte weitestgehend allein gelassen. Die Regierung hat sich mit dem Versuch einer Reform der Bundeswehr übernommen.

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hatte einen Bericht zur Reform der Bundeswehr vorgelegt, den er in einer Regierungserklärung am vergangenen Donnerstag dem Bundestag präsentierte. SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold bekräftigte in seiner Rede vor den Parlamentariern, dass es nicht um eine Neuerfindung der Bundeswehr gehe. Aber: „Die Neuausrichtung ist eine Mogelpackung“. Unterm Strich blieben weniger Geld und weniger Personal.

Arnold zitierte Angehörige der Bundeswehr, die sarkastisch fragten, wo man die von de Maizière vorgestellte Bundeswehr denn finde. Arnold konstatierte: „Ihr Vorgänger hat Ihnen eine Reformruine hinterlassen.“ Über die Probleme bei der Reform habe man das Parlament und die Ausschüsse im Dunkeln gelassen, dabei gebe es schon seit 2011 Schwierigkeiten. Vor allem das nun bekannt gewordene Drohnen-Debakel kritisierte Arnold heftig. Er warf dem Verteidigungsminister vor, das eigene Kabinett über die Probleme bei dem wichtigen Rüstungsprojekt getäuscht zu haben. Noch in der vergangenen Woche vom Kabinett gebilligten Zwischenbericht zur Bundeswehrreform sei die Beschaffung von fünf „Euro Hawks“ für die Bundeswehr sowie von vier ähnlichen „Global Hawks“ für die Nato vorgesehen gewesen. Arnold: „So gehen Sie mit Ihrem eigenen Kabinett um“. Und der Umgang mit dem Parlament in dieser Sache sei symptomatisch für de Maizières Umgang mit Menschen in der Bundeswehr („Der Mensch folgt den Aufgaben!“).



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IX/2013 – 21.05.2013)

Hans-Peter Bartels empörte insbesondere, dass es beim Thema Drohnen „kein vertrauensvolles Miteinander“ gegeben habe. Die ganze Reform stehe unter keinem guten Stern. Sie sei „zu national gedacht“, beinhalte nicht den Gedanken an eine europäische Armee und belege keinerlei Absprachen mit anderen Ländern wie Polen oder England, wer wo welche Schwerpunkte legen wolle. Und von Sparen könne auch keine Rede sein, die Ausgaben stiegen. „Wir kritisieren nicht die steigenden Zahlen, sondern Ihre dröhnenden Ankündigungen – „dabei verschieben Sie nur Blöcke.“

Im Rahmen der Debatte stellte die SPD-Fraktion der Regierung in einer Großen Anfrage (Drs. 17/9620) u. a. die Frage, welche Maßnahmen die Bundesregierung mit Blick auf die demographische Entwicklung zur Gewinnung von qualifiziertem Personal für die Bundeswehr plane. Denn: „Sie lassen die Bundeswehr personell ausbluten“, so Arnold vor den Abgeordneten zu de Maizière. Weiterhin wird in dem Dokument etwa gefragt:

- Kann die Bundesregierung in dieser Hinsicht ein attraktives frühzeitiges Ausscheiden von Berufssoldatinnen und Berufssoldaten aus dem Dienst garantieren?
- Welche Initiativen sollen auf den Weg gebracht werden, um Angehörige von Einsatzsoldatinnen und Einsatzsoldaten künftig besser betreuen zu können?
- Wie sollen familienbedingte Abwesenheiten in der neuen Struktur der Bundeswehr kompensiert werden?
- Wo gedenkt die Bundesregierung den Ausbau der notwendigen 1000 Betreuungsplätze für Kinder von Bundeswehrangehörigen vorzunehmen, und wann soll der Ausbau abgeschlossen sein?
- Wie gedenkt die Bundesregierung im Rahmen ihrer strukturpolitischen Verantwortung, die Städte und Kommunen bei der Bewältigung des Konversionsprozesses zu unterstützen?



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IX/2013 – 21.05.2013)

RECHTSPOLITIK

Exorbitante Managergehälter begrenzen

Managergehälter sind in Deutschland zum Teil so hoch, dass ein sinnvoller Zusammenhang zwischen Leistung und Einkommen nicht mehr erkennbar ist.

Vor 25 Jahren erhielt der Vorstand eines Dax-Unternehmens etwa das 14-Fache eines durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmers. Heute ist es mehr als das 70-Fache, in Einzelfällen bekommen Vorstandsvorsitzende mehr als das 300- bis 400-Fache. Unumstritten ist: Die Vorstandsvergütung großer Unternehmen hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten von der allgemeinen Lohnentwicklung vollständig abgekoppelt. SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht sagt: "Die Gier muss ein Ende haben und darf nicht durch Regelungen wie Schwarz-Gelb sie umsetzen will befördert werden". Der Aufsichtsrat müsse verpflichtet werden, die variablen Gehaltsbestandteile "auch an sozialen, ökologischen und ökonomisch nachhaltigen Kriterien zu orientieren, fordert sie.

2009 trat das "Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung" in Kraft, das in Teilbereichen durchaus Wirkung zeigte. Und doch konnte das unangemessene Ansteigen der Gehälter nicht verhindert werden. Deshalb ist es wichtig, von vornherein auf Vergütungen einzuwirken. Gehälter sollten leistungs- und marktgerecht sein und kurzfristige risikoreiche Entscheidungen finanziell unattraktiv machen. Sie sollen zu nachhaltiger Unternehmensführung motivieren, für die Beschäftigten tragbar sein und vom Steuerzahler nicht unbegrenzt mitfinanziert werden.

Die Bundesregierung wurde daher in dieser Woche in dem SPD-Antrag "Exorbitante Managergehälter begrenzen" (Drs. 17/13472) aufgefordert, sicherzustellen, dass die Managergehälter in Zukunft angemessen und transparent sind. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sollen im Aufsichtsrat eine Höchstgrenze für das Verhältnis zwischen der Vorstandsvergütung und dem durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen beschließen. Börsennotierte Unternehmen müssen die beschlossenen Maßstäbe veröffentlichen. Des Weiteren gilt das Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni festzulegen. Vorstands-,

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IX/2013 – 21.05.2013)

Managergehälter, Boni und Abfindungen können nur bis 500.000 Euro steuerlich abgesetzt werden. Beträge, die darüber hinaus gehen, sollen nur zu 50 Prozent absetzbar sein.

ARBEIT

Betriebsräte stärken – Mitbestimmung modernisieren

Ziel des Betriebsverfassungsgesetzes ist der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Kontrolle eines möglichen Machtmissbrauchs durch Unternehmer. Verhandlungen auf Augenhöhe zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite sind verknüpft mit der Idee einer Wirtschaftsordnung, die demokratisch und mitbestimmt funktionieren soll.

Neu organisierte Beschäftigungsmodelle in der Arbeitswelt entziehen sich weitestgehend der betrieblichen Mitbestimmung. Leiharbeit wird missbraucht, um ganze Stammbeschaften zu ersetzen. Werkverträge mit dem Ziel, arbeitsrechtliche Bestimmungen zu umgehen, nehmen zu. Und auch die Anzahl befristeter Arbeitsverträge, die die Grundlage des Mitbestimmens untergraben, steigt. Längere Lebensarbeitszeiten, eine zunehmend als belastend empfundene Arbeitswelt und eine im Durchschnitt ältere Belegschaft sorgen dafür, dass Arbeitsplätze oft individueller und sorgsamer gestaltet werden sollten. Die Anforderungen des lebenslangen Lernens und der Weiterbildung werden gestellt, ohne dass den Betriebsratsgremien in ausreichendem Maß Mitsprache eingeräumt wird.

Diese veränderten Ansprüche und neuen Herausforderungen verlangen nach einer umfassenden Anpassung der betrieblichen Mitbestimmung an die aktuellen Entwicklungen. Die SPD-Fraktion hat in einem Antrag (Drs. 17/13476) konkrete Lösungen für einen entsprechenden Gesetzentwurf benannt. Mitbestimmung darf nicht umgangen werden, indem anständige Arbeitsplätze durch prekäre ersetzt werden. Die Rechte des Betriebsrats im Hinblick auf Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer und auf die Beschäftigten anderer Unternehmen sind daher zu stärken. Zudem soll der Verlust der Arbeitsfähigkeit besser geschützt werden. Im Interesse aller sollte die physische und psychische Gesundheit von Arbeitnehmern vor übermäßiger Belastung gesichert werden. Deswegen: Mehr

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IX/2013 – 21.05.2013)

Mitbestimmung in Angelegenheiten von Fremdpersonal und Leiharbeit, der Gesundheit und Weiterbildung, der Teilzeitbeschäftigung. Zudem sollte das vereinfachte Wahlverfahren nach § 14a BetrVG für Betriebe mit bis zu 100 Arbeitnehmern geöffnet werden. So wird das Verfahren für Kleinbetriebe unkomplizierter gestaltet.

AUSSENPOLITIK

SPD stimmt EU-Beitritt von Kroatien zu

Der Bundestag hat am 16. Mai 2013 weitgehend parteiübergreifend dem EU-Beitritt Kroatiens zugestimmt. Es gab keine Nein-Stimmen und nur sechs Enthaltungen. Am 1. Juli 2013 wird Kroatien das 28. Mitglied der europäischen Union. Damit ist Kroatien nach Slowenien die zweite Teilrepublik des ehemaligen Jugoslawiens, die der EU beitrifft.

Der SPD-Europapolitiker Dietmar Nietan betonte, dass es gerade vor dem Hintergrund der Euroskepsis in einigen EU-Gründungsländern positiv sei, dass sich die Menschen in Kroatien über die EU-Mitgliedschaft freuten. Mit keinem EU-Beitrittskandidaten sei so intensiv, lange und hart verhandelt worden wie mit Kroatien. Das war eine Konsequenz aus den Fehlern, die beim EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien gemacht worden seien. Der Monitoringbericht der EU vom 26. März 2013 habe gezeigt, dass Kroatien die geforderten Kriterien erfüllt habe. „Aber Kroatien darf die Reformen jetzt nicht abbrechen“, forderte Nietan. Denn es sei noch viel zu tun bei der Korruptionsbekämpfung, der organisierten Kriminalität und bei der Wettbewerbsfähigkeit Kroatiens.

Der stellvertretende Vorsitzende der deutsch-kroatischen Parlamentariergruppe und SPD-Arbeitspolitiker Josip Juratovic ist überzeugt, dass der lange EU-Beitrittsprozess die kroatische Gesellschaft habe reifen lassen. „Kroatien zeigt, dass es sich lohnt, Reformen durchzuführen“, stellte Juratovic fest. Das Land könne nun eine aktive Vermittlerrolle zwischen EU und dem westlichen Balkan einnehmen. Es sei ein Garant für Frieden und Stabilität in Südosteuropa. Dass sich die SPD-Fraktion für die sofortige

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IX/2013 – 21.05.2013)

Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Menschen in Kroatien ausgesprochen habe, begründete Juratovic damit, dass Freiheit nicht nur für Märkte und Kapital gelte, sondern vor allem für die Menschen. „Jeder in der EU soll die gleichen Rechte und Chancen auf Arbeit haben“, sagte er.

Die SPD-Fraktion will die Zivilgesellschaft stärker an EU-Beitrittsprozessen beteiligen. Dazu hat sie einen Antrag (Drs. 17/12821) vorgelegt, der im Rahmen der Beitrittsdebatte abschließend beraten wurde. Für eine bessere Beteiligung der Zivilgesellschaft an EU-Beitrittsverfahren soll sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene einsetzen. Dazu sollen die Beitrittsverhandlungen transparenter als bisher gestaltet werden. So sollen die geltenden Maßstäbe (Benchmarks) jedes einzelnen Bereichs veröffentlicht werden, und die Regierungen sollen ihre Aktionspläne zur Erfüllung der Anforderungen veröffentlichen. Außerdem soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass Gespräche mit Kroatien über die Einrichtung einer Kommission aus Parlamentsvertretern und Zivilgesellschaft geführt werden. Diese Kommission soll die Implementierung von Reformen im Rahmen des EU-Beitritts auf nationaler Ebene begleiten und überprüfen.

AUSSENPOLITIK

EU-Operation Atalanta nicht ausweiten

Die EU-Operation Atalanta bekämpft Piraterie vor der Küste Somalias. Sie wurde unter SPD-Regierungsbeteiligung erstmals 2008 mandatiert. Vergangenes Jahr hat die SPD das Mandat nicht mehr unterstützt, da die Bundesregierung das Einsatzgebiet auf den somalischen Küstenstreifen erweitert hatte. Der militärische Nutzen dieser Erweiterung schien mehr als zweifelhaft, da es für die Piraten leicht sein würde, vor Angriffen ins Hinterland auszuweichen. Gleichzeitig bestand die Gefahr, dass unbeteiligte Zivilisten ins Visier geraten würden.

Die Bundesregierung hat nun einen Antrag zur weiteren Beteiligung der Bundeswehr an der erweiterten Atalanta-Mission gestellt. Da im letzten Jahr nur einmal Ziele an der somalischen

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IX/2013 – 21.05.2013)

Küste angegriffen wurden, haben die Militärs vor Ort anscheinend keine Notwendigkeit für weitere Einsätze gesehen. Daher hatten die Sozialdemokraten gute Gründe, bei ihrer Haltung zu bleiben und der Mandatsausweitung am Donnerstag nicht zuzustimmen.

BILDUNG

SPD-Fraktion will Ganztagschulprogramm 2.0

Mit ihrem „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ hat die SPD-Bundestagsfraktion in den letzten drei Jahren Lösungsvorschläge für drängende Zukunftsaufgaben erarbeitet. Zwei Schwerpunktprojekte widmeten sich den Themen Bildung und Integration. Beide Politikfelder sind eng miteinander verschränkt: Gleiche Chancen auf gute Bildung sind die entscheidende Grundlage für eine selbstbestimmte Zukunft unserer Kinder. Und Integration gelingt am besten dort, wo alle Menschen die gleichen Chancen auf Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe haben.

Die Ergebnisse der beiden Projekte haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jetzt in den Bundestag eingebracht (Drs. 17/13482, 17/13483). Eine der Kernforderungen: ein Acht-Milliarden-Programm für neue Ganztagschulen. Ziel ist ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen in Deutschland. Bis 2020 soll jedes Kind einen Platz in einer Ganztagschule finden können.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier erinnerte an das Ganztagschulprogramm, das die rot-grüne Bundesregierung vor zehn Jahren aufgelegt hatte. Der Bund hatte den Ausbau der Ganztagschulen in den Ländern damals mit 4 Milliarden Euro unterstützt und damit eine Verdreifachung der Ganztagschulangebote innerhalb eines Jahrzehnts bewirkt – ein „Durchbruch“, wie Steinmeier sagte.

Dennoch ist das Ziel eines flächendeckenden Angebots noch nicht erreicht. „Wir brauchen ein Ganztagschulprogramm 2.0“, so Steinmeier. Dabei müsse ein starker Akzent auf die Betreuungs- und Bildungsqualität gesetzt werden. Denn qualitativ hochwertige

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe IX/2013 – 21.05.2013)

Ganztagsangebote schaffen Raum und Zeit für eine bessere individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler – unabhängig von ihrer Herkunft. Sie sind ein wichtiger Beitrag für mehr Chancengleichheit in der Bildung und für gelingende Integration.

„Herkunft darf kein Schicksal sein“

Aydan Özoguz erinnerte in der Debatte an das Aufstiegsversprechen durch Bildung – und mahnte: „Herkunft darf kein Schicksal sein.“ Gerade im Einwanderungsland Deutschland sei es wichtig, sich um mehr Ausbildungsgarantien, Weiterbildungsmöglichkeiten und frühe Sprachförderung aller Kinder zu kümmern.

Um das zu ermöglichen und ein neues Ganztagsschulprogramm aufzulegen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion, das so genannte Kooperationsverbot im Grundgesetz abzuschaffen und so den Weg für eine engere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildungspolitik frei zu machen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung und die CDU-geführten Bundesländer lehnen das ab.

Der Thüringer Kultusminister Christoph Matschie appellierte daher an Bund und Länder, in der Bildungspolitik an einem Strang zu ziehen: „Es ist höchste Zeit für eine gemeinsame Kraftanstrengung über die Parteigrenzen hinweg.“ Auch SPD-Fraktionchef Steinmeier nannte das Kooperationsverbot einen Fehler: „In der Praxis taugt es nicht, die Menschen verstehen es nicht. Es ist ein in Verfassungsrecht gegossener Irrtum.“

Bildung – so Steinmeier – sei der Schlüssel für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für die Zukunft unserer Kinder, aber auch für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes. Deshalb zahlten sich Investitionen in Bildung am Ende aus. Wer aber Investitionen in Bildung ernsthaft wolle, „für den darf auch der Spitzensteuersatz kein Tabu sein“, sagte Steinmeier. In den Worten von John F. Kennedy ergänzte er: „Es gibt nur eine Sache, die teurer ist als Bildung: keine Bildung!“

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de